

len wir auch keine neuen Zwischenleitungen in Form von WB schaffen, sondern im Bezirksbauamt zwei Industriezweigleitungen für die Bau- und Baustoffindustrie bilden.

Liebe Genossinnen und Genossen! Das waren einige Probleme, die das Bauwesen unseres Bezirks betreffen. Sie können jedoch nicht losgelöst von der Gesamtentwicklung des Bauwesens unserer Republik, ja darüber hinaus der Arbeit der Sektion Bauwesen im RGW gelöst werden. Gestattet mir deshalb, auch dazu einige Gedanken darzulegen.

In den letzten Monaten wurden die Betonbilanzen der Bezirke Erfurt, Gera, Suhl komplex untersucht und bearbeitet. Wenn das Ergebnis auch noch Mängel aufweist, zeigt sich jedoch, daß ein größerer volkswirtschaftlicher Nutzen dadurch erzielt werden kann. Das heißt, es wurden die territorialen Bezirksgrenzen verlassen und in größeren Wirtschaftsgebieten gehandelt. Ich halte einen solchen Weg für notwendig und richtig, und es wäre zu wünschen, daß sich ein solches Prinzip auch in anderen Fragen durchsetzt. Ich denke hierbei an eine so bedeutungsvolle und schwierige Frage wie die Baubilanz.

Jetzt wird die Baubilanz noch in jedem Bezirk in sich aufgestellt und nur in bestimmten Grenzen ein überbezirklicher Ausgleich durch eine Wertsumme zentral festgelegt. Dieser überbezirkliche Ausgleich von Baukapazitäten ergibt sich aber letzten Endes auf Grund der Baubilanzen der einzelnen Bezirke und nicht von vornherein durch die Bilanzierung in größeren Wirtschaftsgebieten. Dadurch kann das Gesetz der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft verletzt werden, da noch zu sehr die vorhandenen Baukapazitäten in den Bezirken die Festlegung der Bauvorhaben mitbestimmen. Ich halte den vom Ministerium für Bauwesen und auch von der Staatlichen Plankommission angestrebten Kurs: „Weg vom überbezirklichen Ausgleich“ für nicht richtig. Das ist der Weg des geringsten Widerstandes, um sozusagen keinen Bezirk zu hart anzufassen. Dieser Weg ist letzten Endes unwissenschaftlich und fördert einen gewissen Bezirksegoismus. Die Lösung solcher Grundsatzfragen vom Gesichtspunkt größerer Wirtschaftsgebiete erfordert zugleich die strenge Einhaltung des demokratischen Zentralismus. Solche Grundfragen können nicht mit sogenannten Leitbezirken, wie man das mit der Betonbilanz versucht, gelöst werden. Hier bedarf es nach Abstimmung mit den Bezirken klarer zentraler Entscheidungen und Weisungen. Unabhängig von diesem Weg gilt es natürlich in erster Linie für jeden Bezirk, alle seine Reserven im Bauwesen aufzudecken und den technisch-wissen-